

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Kurt Schölerer, Dresden
Redaktion: Kurt Schölerer, Dresden
Postfach 100, Dresden
Telefon 100, Dresden

Bezugspreise: Einzelheft 20 Pf., Vierteljahr 60 Pf., Halbjahr 1,10, Jahresabonnement 2,10. (Inklusive Postgebühren.)
Anzeigenpreise: 10 Zeilen für 10 Tage 1,00, 20 Zeilen für 10 Tage 1,50, 30 Zeilen für 10 Tage 2,00. (Inklusive Postgebühren.)

Druck: Kurt Schölerer, Dresden
Verlag: Kurt Schölerer, Dresden
Postfach 100, Dresden
Telefon 100, Dresden

Zuspikung des Danziger Konflikts

Polen demaskiert sich - Brutale Offenheit

Danzig, 15. September. Von zutändiger Danziger Stelle wird mitgeteilt: Bekanntlich hat die Regierung der Freien Stadt Danzig vor zwei Monaten den Schutz des Völkerbunds kommissarisch mit einem Antrage ausgerufen, der künftigen Uebergang der polnischen Volk- und Wirtschaftsgeschichte und Währungs der polnischen Besatzung zur Benachteiligung Danzigs auf dem Gebiete des Volkrechts vordringen soll.

Die polnische Regierung hat nunmehr auf diesen Antrag Danzigs geantwortet mit eigenen Gegenforderungen. Polen will insbesondere den Umfang seiner Kompetenzen künftig selbst und ausschließlich bestimmen. Es verlangt ferner die bedingungslose Annahme der indirekten Steuern und Monopole auf die polnische Wirtschaft, ohne Danzig irgendeine Einwirkung auf diese Wirtschaft zum Schutze der Danziger wirtschaftlichen Interessen und Bedürfnisse zuzugestehen.

Mit voller Offenheit bekennst sich schließlich die polnische Regierung von neuem zu dem Verlangen, an den Danziger Staatsgrenzen die völlige Herrschaft über Danzig auf dem Gebiete der Sicherheitspolizei,

der Veterinärpolizei und auf allen anderen Gebieten der Innenverwaltung und der kulturellen Verwaltung, also auch durch Handhabung der Zensur, auszuüben.

Polen gesteht offen an, daß es sich nach seinem Willen nicht mehr um einen Vertrag zwischen gleichberechtigten Partnern handle, sondern ist der Meinung, daß Danzig dem polnischen Volkgebiet als ein untergeordneter Faktor angehöre, und verlangt „Unterwerfung in kategorischer Form“.

Polnischer Matrose in Danzig angeschossen

Danzig, 15. Sept. Der polnische Leichtmatrose Rebusje wußt von einem dänischen Dampfer wurde in der vergangenen Nacht von dem Kaufmann Brantstedt angeschossen. Brantstedt, der den Leichtmatrosen auf dem Dache seines Hauses liegen sah, vermutete in ihm einen Einbrecher und gab, da Nebelwetter auftrat, in die Fache griff, zwei Schüsse ab, durch die der Leichtmatrose am Bein verwundet wurde.

Geldtransport in Charlottenburg überfallen

Ein Todesopfer - 33 200 Mark erbeutet

Berlin, 15. Sept. Vor dem Rathaus Charlottenburg wurde heute in der neunten Vormittagsstunde ein toller Raubüberfall verübt, bei dem den Raubtätern über 33 000 Mark in die Hände fielen.

Nach den bisherigen Ermittlungen hat sich der Überfall folgendermaßen abgepielt: In der neunten Vormittagsstunde, als vier Beamte der Berliner Verkehrsgesellschaft aus der Girokasse, die sich im Rathaus Charlottenburg befindet, herauskamen, wurden sie von vier jungen Menschen die offenbar im gegenüberliegenden Hause gemarret hatten, überfallen. Die vier Beamten, die die schwere Riste trugen, in der sich die

33 200 Mark in 10-, 20- und 100-Mark Scheinen

für die morgige Vohnzahlung befanden, wurden von dem Fahrer des Betriebshofes Pelmböck, der die Riste auf dem Wege von der Kasse bis zum Auto gebot. Die vier Burken schlugen auf die Träger der Riste ein, die den Polizisten fallen ließen, und feuerten gleichzeitig auf die Begleiter sechs Schüsse ab; vier Beamten brachten zusammen. In der allgemeinen Verwirrung ergreifen die Räuber blitzschnell die Riste und warfen sie in eine bereitstehende dunkelblaue Mercedes-Benz Limousine, mit der sie durch die Verbindungstraße in Richtung Kurfürstendamm davonrauten und im Gewühl des Straßenverkehrs unerkannt entkamen. Der Vorleiter des Betriebshofes in der Pelmböckstraße,

der 55jährige Otto Meyer, hat einen Kopfschuß erlitten, an dessen Folgen er eine Stunde später im Krankenhaus Westend verstarb.

Leichtere Verletzungen erlitten der Chauffeur des Autobusses, ein Kassengehilfe und ein Bewachungsbeamter. Die Beamten hatten, wie alljährlich, die Fahrgelder des Betriebshofes Pelmböckstraße nach der Girokasse geschafft und waren beauftragt, die Vohngehälter für die morgigen fälligen Vohnzahlungen in Empfang zu nehmen. Die täglichen Geldtransporte der VBO, die von sämtlichen Betriebshöfen nach den Girostellen durchgeföhrt werden, sind bisher immer ohne polizeilichen Schutz gewesen. Lediglich die Begleitpersonen sind bewaffnet.

Der Wagen, den die Räuber zu ihrem Überfall benutzten, ist gestern in der Landshuter Straße gestohlen worden. Er gehört der Firma Rohlfenhandlung, Gesellschaft für Handel und Industrie, Friedrich Minoux.

Der dritte Raubüberfall hatte in der Berliner Straße ungeheure Ausmaße hervorgehoben. Zahllose Neugierige umgaben das Rathaus und behinderten schließlich den Verkehr; derart, daß die Polizei die Menschenmenge zerstreuen mußte.

Das zu dem Überfall benutzte Auto konnte heute mittag an der Chaussee nach Worsake, hinter der Glienicker Brücke, aufgefunden werden. Von den Tätern selbst fehlt jede Spur. Für ihre Ergreifung ist eine Belohnung von insgesamt 2000 RM. ausgesetzt worden.

Die Tat erinnert an den Raubüberfall, der am 10. Mai 1930 auf der Theaterstraße in Dresden auf einige Straßenbahnbeamte verübt wurde, die Geld nach dem Stadthaus transportierten. Die Täter, die bis heute noch nicht ermittelt worden sind, erbeuteten damals 7800 Mark. Der Straßenbahnbeamte Gauschild, der von den Räubern niedergeschossen worden war, ist später im Krankenhaus verstorben.

Die Arbeiten des Kabinetts

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 15. Sept. Wie wir hören, ist für Anfang nächster Woche mit dem Erlass einer neuen Notverordnung zu rechnen, die höchstwahrscheinlich die Wünsche der Landwirtschaft hinsichtlich der

Kontingentierung

erfüllen wird. In der gleichen Angelegenheit hat übrigens auch der Vorsitzende des Landwirtschaftsrates, Dr. Brandes, heute beim Reichspräsidenten vorgeprochen. Ferner dürfte die Regierung sich auch in der viel erörterten Konsolidierungsfrage zu einem Beschluß kommen. Grundsätzlich erkennt die Regierung die Notwendigkeit,

das Mindestlohn herabzusetzen.

Nur über die Wege ist man sich noch nicht einig. Möglicherweise ist, daß die bevorstehende Diskontierung Ausgangspunkt für die Zinssenkungsfrage ist. Im dritten Teile der kommenden Notverordnung wird der sozialpolitische Teil der letzten Verordnung des Reichspräsidenten einer Revision unterzogen.

Wie wir hören, hat sich die Regierung einer Anzahl von Forderungen, die von gewerkschaftlicher Seite an sie herangetragen worden sind, nicht verschließen können.

Es ist also mit einer Milderung gewisser Härten zu rechnen, die sich aus der Konstruktion der Notverordnung und ihres sozialpolitischen Teiles ergeben haben. Ferner dürfte inzwischen auch eine Verständigung wegen der Ermächtigung zur Reorganisation der Sozialinstitute mit den zuständigen Arbeitnehmerkreisen angestrebt werden.

Doktor Daubmann vor der Berliner Presse

Berlin, 15. September. Die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener veranstaltete heute vormittag eine Pressebesprechung, um dem heimgekehrten Doktor Daubmann Gelegenheit zu geben, die Berliner Presse über Unstimmigkeiten, die bei der bisherigen Untersuchung zutage getreten sind, aufzuklären. An der Besprechung nahm Hauptmann a. D. Hummiller vom Regiment über den 2. Balt. Inf.-Reg. 111, dem Daubmann angehörte, teil. Hauptmann Hummiller erklärte u. a., daß im ganzen im Laufe der Untersuchung etwa 25 Punkte aufgetreten seien, denen man in der Öffentlichkeit Zweifel entgegenbrachte. Nach und nach sei ein Punkt nach dem anderen an den Tag gekommen und aufgeklärt worden. Daubmann selbst trat der vielfach in der Öffentlichkeit laut gewordenen Auffassung entgegen, daß seine Eltern Zweifel an seiner Identität hätten. Das stimmt absolut nicht. Daubmann weigerte sich, so erklärte er auch heute, den Namen des italienischen Schiffes und des Kapitäns anzugeben, der ihm auf seiner Flucht Unterstützung gewährt habe. Er habe dem Kapitan damals das Ehrenwort gegeben, ihm keine Schwierigkeiten durch Nennung des Namens zu machen, und dieses Ehrenwort halte er.

Banküberfall in Altona - Zwei Täter verhaftet

Altona, 15. September. Am Donnerstag kurz nach 10.30 Uhr wurde auf die Depotkassette der Commerz und Privatbank in der Postenstraße ein Raubüberfall verübt. Die Kassanantlage der Bank erlitt plötzlich Schicksal, und im Schaulokale erschienen auf einem Schild in roter Schrift die Worte „Hilf, Heberfall“. Vor der Bank versammelten sich, wie von einem Augenzeugen berichtet wird, mehrere mit Knütteln bewaffnete Nachbarn. Als drei Männer in ruhigem Schritt die Bank verließen und sich in immer schnellerem Tempo einem in etwa fünfzig Meter Entfernung auf der anderen Straßenseite haltenden Auto näherten, wurden sie von den Passanten verfolgt. Sie schwangen sich schließlich auf den Koffern auf und fuhren schnell davon, verfolgt von einem mit einer Pistole bewaffneten Bankbeamten und einem Polizisten, die sich ebenfalls eines Kraftwagens bedient hatten.

Wie die Polizeibehörde mitteilt, ist den drei Räubern eine Kassetten, die ein Sparkassenbuch und einen zu Protokoll gegebenen Wechsel enthielt, in die Hände gefallen. Zwei der Räuber konnten bereits verhaftet werden.

Steuergutscheine für Mehrbeschäftigung

Die Durchführungsbestimmungen

Berlin, 15. Sept. Im „Reichsanzeiger“ und im Reichsgesetzblatt erscheint heute eine Verordnung des Reichsarbeitsministers zur Durchführung und Ergänzung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsbeschäftigung vom 6. September. Sie bringt nicht nur Durchführungsbestimmungen über die Bestimmung der „selbständigen Betriebsabteilung“, den Wert der Sachbestände und den Kreis derjenigen Personen, die bei Vermehrung der Arbeiter und Angestellten nicht zu zählen sind, sondern gibt auch wichtige Ergänzungen.

Insbesondere stellt sie die Berechnung der vorhandenen Beschäftigung und ihrer Vermehrung grundsätzlich auf die Vergütungsstundenwoche ab.

Demgemäß wird eine Vermehrung der Arbeitnehmerzahl, die nur durch Verfürgung der Arbeitszeit bis auf 40 Wochenstunden erzielt ist, nicht angerechnet. Umgekehrt wird denjenigen Arbeitgebern, die in den Monaten Juni bis August durchschnittlich eine geringere als vollständige Wochenarbeitszeit hatten, die Zahl tatsächlich neuangehollter Arbeitnehmer erhöht angerechnet. Dadurch wird die Ungerechtigkeit vermieden, daß Arbeitgeber, die bereits früher die Arbeit gestreckt hatten, jetzt schlechter gestellt werden, als diejenigen, die durch Vermehrung der Beschäftigung eine volle Beschäftigung von 48 Stunden aufrechterhalten haben. Ebenso wird vermieden, daß der Arbeitsverdienst der vorhandenen Arbeiter und Angestellten, der bei Verfürgung der Arbeitszeit naturgemäß schon eine Minderung erfährt, außerdem auf Grund der Verordnung durch Unterschreitung der tariflichen Sätze weiter verfrist werden kann. Eine solche doppelte Minderung würde nur in den Fällen eintreten, in denen ein Betrieb so viele Arbeitnehmer neu einstellte, daß dadurch nicht nur die Minderung der Arbeitszeit ausgeglichen würde, sondern darüber hinaus eine Vermehrung der Beschäftigung eintrat.

Damit ist auch der Gefahr vorgebeugt, daß infolge Kürzung der Arbeitszeit trotz Vermehrung der Beschäftigung eine Minderung der Gesamtlöhnsomme eintritt.

Ein gesunder Kernsatz für die Arbeitgeber, auch bei unverändertem Arbeitsbedarf zur Verzichtnahme überzugehen und die Zahl der Arbeitnehmer zu vermehren, bleibt erhalten, weil in Aussicht genommen ist, bei der Gewährung von Steuergutscheinen für die Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern von einer Verknüpfung mit der Beschäftigungszeit Abstand zu nehmen. Die 400 Reichsmark wird der Arbeitgeber also auch dann erhalten, wenn die Vermehrung seiner Beschäftigung nur auf einer Verfürgung der Beschäftigungsdauer und nicht auf einer Steigerung der Produktion beruht.

Außer diesen allgemeinen Vorschriften werden im Reichsarbeitsministerium noch besondere Bestimmungen zur Durchführung der Verordnung vom 6. September bei Akkordlöhnen und in der Seeschifffahrt vorbereitet. Ihre Veröffentlichung ist in den nächsten Tagen zu erwarten. — Ausführungsbestimmungen über die Steuergutscheine erscheinen in der nächsten Woche.

Frachtnachlaß für Obststückgutverland

Berlin, 15. September. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft gewährt vom 15. September bis 31. Dezember 1932 für den Stückgutverland von frischen Kirschen, Birnen, Pflaumen (Zweischen) einen Frachtnachlaß, der ungefähr 30 Prozent beträgt.

Japanischer Militärzug entgleist - 60 Tote

Moskau, 15. Sept. Nach Meldungen aus Moskau ist ein japanischer Militärzug auf dem Wege von Moskau nach Daliun zum Entgleisen gebracht worden. Es wurden 60 Soldaten und Offiziere getötet und verwundet. Der Verkehr wurde auf sechs Stunden lahmgelegt.